



Budget 2025
Finanzplan 2025–2028

Bericht und Antrag der erweiterten Staatswirtschaftskommission
vom 30. Oktober 2024

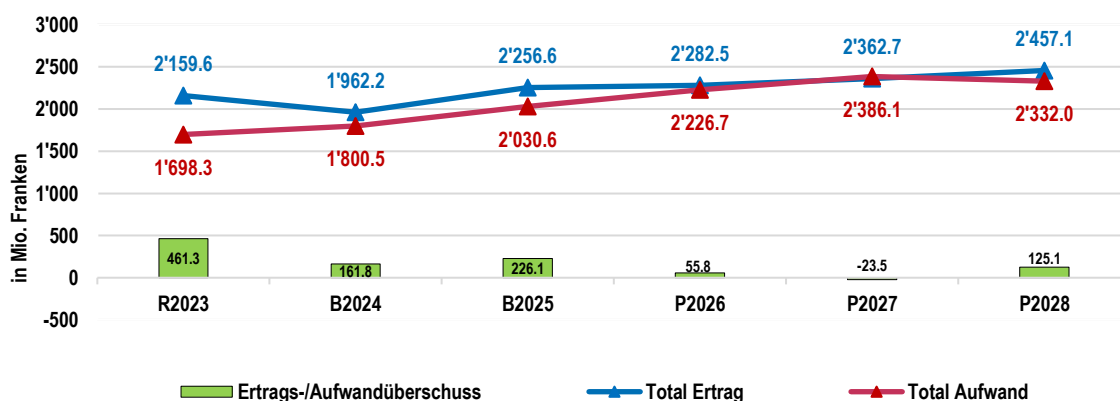
Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die erweiterte Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat das Budget und den Finanzplan am 30. Oktober 2024 beraten. Neben Finanzdirektor Heinz Tännler nahmen Roger Wermuth, Leiter Finanzverwaltung, und Reto Ruprecht, Leiter Finanzkontrolle, an der Sitzung teil. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

	Seite
1. Übersicht	1
2. Eintreten	3
3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen	4
4. Detailberatung	5
5. Öffentlich-rechtliche Anstalten	15
6. Finanzstatus	16
7. Jahresberichte 2023 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen ...	16
8. Schlussabstimmung	17
9. Anträge	17

1. Übersicht

1.1 Ergebnisse der Erfolgsrechnung (in Millionen Franken)



Für das Jahr 2025 wird ein Ertragsüberschuss von 226,1 Millionen Franken budgetiert. Die Ergebnisse in den Planjahren entwickeln sich wie folgt:

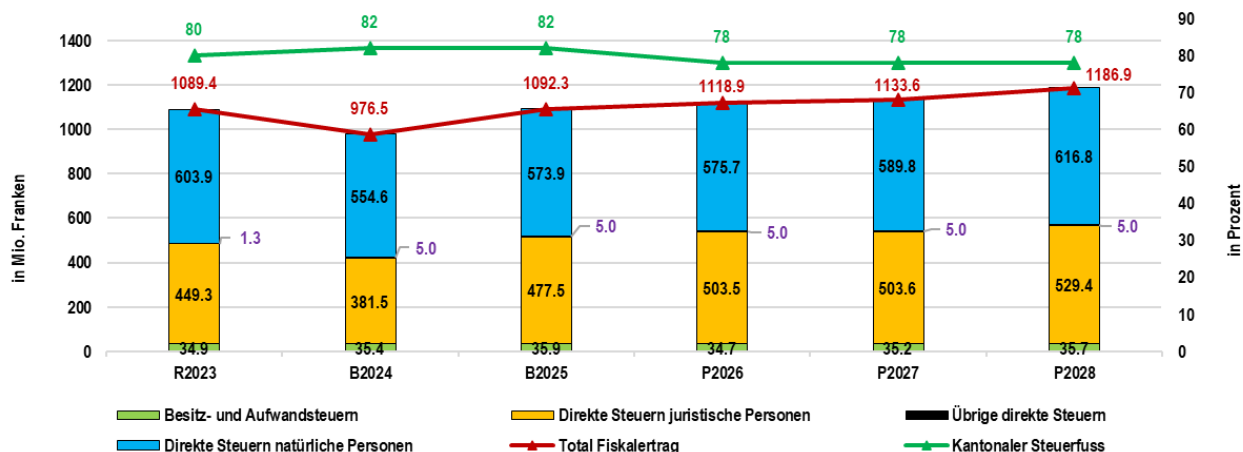
- 2026: Ertragsüberschuss von 55,8 Millionen Franken;
- 2027: Aufwandüberschuss von 23,5 Millionen Franken;
- 2028: Ertragsüberschuss von 125,1 Millionen Franken.

In den Ausführungen zu diesem Abschnitt und der obigen Grafik ist der Regierungsratsbeschluss über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 2025 vom 10. Oktober 2024 nicht enthalten (siehe hinten Ziffer 4.3). Die Entlastung durch die tiefere

Teuerung beträgt gesamthaft 4'931'000 Franken (tiefere Teuerungszulage, tiefere Normpau-schalen an Gemeinden und Privatschulen sowie tieferer Kantonsbeitrag an die PH Zug), was den budgetierten Ertragsüberschuss auf 231,0 Millionen Franken erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahresbudget ist beim Ertrag eine Steigerung von 294,4 Millionen Franken festzustellen. Der Regierungsrat begründet dies insbesondere mit Mehrerträgen beim Fiskalertrag (+ 115,8 Millionen Franken) und beim Transferertrag (+ 128,7 Millionen Franken).

Der Fiskalertrag wird mit 1'092,3 Millionen Franken budgetiert:



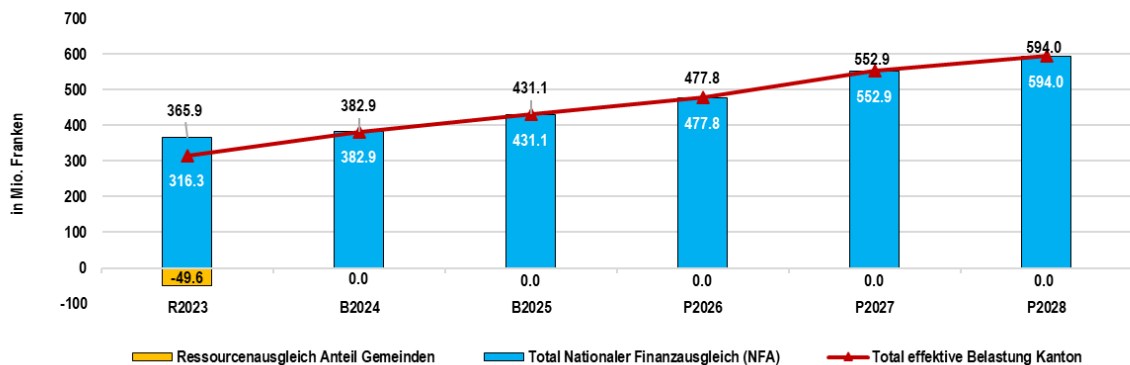
Insgesamt werden Mehrerträge bei den natürlichen Personen von 19,3 Millionen Franken erwartet. Dabei sind das Bevölkerungswachstum, steuerstarke Zuzüge aus dem In- und Ausland und zu erwartenden Sondereffekte eingerechnet. Die 8. Teilrevision des Steuergesetzes führt wegen den erhöhten Betreuungsabzügen und Freibeträgen bei der Vermögenssteuer zu tieferen Steuererträgen, ebenfalls die unbefristete Weiterführung der erhöhten persönlichen Abzüge. Aus der Rückkehr zum Steuerfuss von 82 Prozent im Jahr 2024 resultieren noch verzögerte Mehrerträge.

Gesamthaft werden Mehrerträge bei den juristischen Personen von 96,0 Millionen Franken erwartet. Es zeichnet sich ab, dass die Erträge der juristischen Personen im aktuellen Jahr 2024 höher ausfallen als budgetiert, so dass für das Budget 2025 von diesem höheren Wert ausgegangen wird. Aus zusätzlich bereits bekannten individuellen positiven und negativen Entwicklungen bei einzelnen Unternehmen wird mit tieferen Erträgen Rechnung getragen. Darauf aufbauend wird von einem generellen Anstieg der Erträge von 5 Prozent infolge allgemeinen Gewinnwachstums und weiter steigenden Unternehmenszahlen ausgegangen. Hinzu kommen zeitlich verzögerte Mehrerträge aus der Rückkehr zum Steuerfuss von 82 Prozent per 2024. Die 8. Teilrevision des Steuergesetzes führt zudem zu jährlich tieferen Kapitalsteuererträgen.

Das Paket «Mehrwert für alle» sieht eine befristete Senkung des Kantonssteuerfusses für die Jahre 2026 bis 2029 von 82 Prozent auf 78 Prozent, die Anpassung der Abzüge Krankenkassenprämien sowie eine Entlastung von Rentnerinnen und Rentnern vor. Mit dieser 9. Steuergesetzrevision sind Mindereinnahmen von 25,2 Millionen Franken im Planjahr 2026 sowie je 65,1 Millionen Franken in den Planjahren 2027 und 2028 verbunden.

Auch der Aufwand steigt im Vergleich zum Vorjahresbudget an. Die Zunahme von 230,1 Millionen Franken ist insbesondere auf den Transferaufwand (+ 137,8 Millionen Franken), auf die Abschreibungen (+ 35,3 Millionen Franken) und auf den Sach- und übrigen Betriebsaufwand (+ 20,7 Millionen Franken) zurückzuführen.

Mit 431,1 Millionen Franken bildet der Beitrag des Kantons Zug an den Nationalen Finanzausgleich (NFA) eine gewichtige Aufwandposition im Budget 2025:



Eine Einschätzung über die Auswirkungen der Ergebnisse auf den NFA in den folgenden Jahren ist sehr schwierig, weil die Berechnungen nicht einzig vom absoluten Ergebnis des Kantons Zug abhängen, sondern auch von der relativen Entwicklung im Vergleich mit den anderen Kantonen. Die Finanzdirektion stützt sich für die Finanzplanjahre auf die jeweiligen Schätzungen von BAK Basel ab. Für die Finanzplanjahre wird ein Anstieg bis auf 594,0 Millionen Franken im Jahr 2028 erwartet.

1.2 Investitionen und Finanzierungsprognose

Auf den Seiten 24 bis 27 seines Berichts weist der Regierungsrat im Rahmen seiner Finanzierungsprognose auf die bis ins Jahr 2032 anstehenden Investitionsprojekte hin, wobei lediglich diejenigen Projekte namentlich erwähnt sind, die Ausgaben von über fünf Millionen Franken zur Folge haben. Total sind Investitionen von rund 1,7 Milliarden Franken geplant, welche aus heutiger Sicht ohne Aufnahme von Fremdmitteln finanziert werden können.

2. Eintreten

Da der Kantonsrat gemäss § 41 Abs. 1 Bst. h der Kantonsverfassung (BGS 111.1) das Budget zu beschliessen hat, ist in der Stawiko das Eintreten auf die Vorlage unbestritten.

Gemäss § 18 der Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1) übt die Stawiko die Oberaufsicht über den Regierungsrat, die Verwaltung und die kantonalen Anstalten aus. Bezüglich der Gerichte, der Ombudsstelle und der Datenschutzstelle übt sie die Oberaufsicht in den finanziellen Belangen aus. Die Stawiko hat sich einen vertieften Einblick bezüglich Gesetzmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Plausibilität zu verschaffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kantonsrats und die dadurch ausgelösten Abläufe sind in einer Matrix dargestellt, die diesem Bericht beiliegt (siehe Beilage 3).

Für die Vorbereitung der Beratung von Budget und Finanzplan standen den Stawiko-Delegationen detaillierte Budgetzahlen zur Verfügung. Im Vorfeld der Visitationen haben die Delegationen den Direktionen, der Staatskanzlei und den Gerichten Fragen gestellt, die schriftlich beantwortet worden sind. Die schriftlichen Auskünfte wurden anlässlich der Visitationen mit den Direktionsvorstehenden und zum Teil auch mit den Amtsleitenden besprochen. Wir bedanken uns für die erhaltenen Auskünfte und Informationen. Alle Stawiko-Delegationen haben für ihre Bereiche Berichte verfasst, die bei der Beratung vorlagen. Die Direktionsvorstehenden wurden vor der Beratung über den Inhalt der sie betreffenden Berichte informiert.

3. Themen, welche die Gesamtverwaltung betreffen

Bei der Beratung in der Stawiko haben sich unter anderem folgende Themen herauskristallisiert, welche die gesamte Verwaltung betreffen und im Bericht erwähnt werden. Weitere Punkte sind bei den einzelnen Direktionen oder in der Stawiko-internen Pendenzenliste erwähnt.

3.1 Anpassung der Leistungsaufträge

Betreffend Anpassung der Leistungsaufträge aufgrund der Änderungsanträge der Stawiko beim Globalbudget hat sich die Kommission mit der Finanzdirektion auf ein pragmatisches Vorgehen geeinigt, falls eine Anpassung der Leistungsaufträge aufgrund der Anträge der Stawiko als zu aufwendig betrachtet wird. Der Kantonsrat könnte noch Änderungen gegenüber den Anträgen der Stawiko beschliessen oder andere Anträge annehmen. Je nach den konkreten Beschlüssen des Kantonsrats kann der Regierungsrat gemäss § 7 Abs. 6 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (OG, BGS 153.1) bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten. Bei unwesentlichen Änderungen ist vorgesehen, dies beim Geschäftsbericht entsprechend zu kommentieren. Falls grössere Änderungen beschlossen werden, würde der Regierungsrat einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten. Die Stawiko verzichtet damit auf Anträge zu Änderungen bei den Leistungsaufträgen infolge von Änderungsanträgen beim Globalbudget.

3.2 Governance-Regeln zu Liebesbeziehungen und Berufungen

Im Bericht und Antrag zum Geschäftsbericht 2023 vom 5. Juni 2024 (Vorlage 3716.2 - 17711) forderte die Stawiko den Regierungsrat auf, Governance-Regeln zu Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz und zur Berufung beziehungsweise Anstellung von Familienangehörigen und Personen mit politischen Ämtern zu erlassen. Diese Aufforderung wurde gestellt, da die Stawiko-Delegation über folgende Informationen verfügte, welche in Bezug auf die Governance als problematisch zu betrachten waren:

- Private Liebesbeziehungen zwischen Kaderpersonen
- Anstellung von Familienangehörigen in eine Kaderposition auf dem Berufungsweg
- Anstellung von Personen, welche politische Ämter ausüben, in eine Kaderposition auf dem Berufungsweg.

Die Regeln sollten für die gesamte Verwaltung gelten.

Der Regierungsrat führt in der Stellungnahme vom 3. September 2024 aus, dass gemäss § 5 Abs. 1 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (PVO, BGS 154.211) auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden und die Anstellung auf dem Berufswege erfolgen könne, wenn geeignete Bewerberinnen und Bewerber bekannt sind. Damit sei eine genügende gesetzliche Vorgabe vorhanden. Es dränge sich aus Sicht des Regierungsrats keine weiteren Regelungen auf. Es solle weiterhin in der Kompetenz und der Verantwortlichkeit der Direktion liegen, welche Stellen auf dem Berufungsweg besetzt würden. Für die Anstellung von Amtsleitenden sei gemäss § 2 Abs. 2 Ziffer 2 Bst. a der Delegationsverordnung (DelV, BGS 153.3) der Regierungsrat zuständig, weshalb er über allfällige Berufungen bei Stellenbesetzungen von Amtsleitenden informiert würde und allenfalls intervenieren könne. Im Weiteren habe eine Umfrage bei grösseren Zuger Unternehmen ergeben, dass in der Privatwirtschaft keine Regelungen zu Liebesbeziehungen bestehen würden. Es liege in der Führungskompetenz und der Sensibilität der Führungsverantwortlichen wie mit Liebesbeziehungen umgegangen werde. Je nach Situation sei unterschiedlich damit umzugehen und situativ allfällige Massnahmen zu ergreifen. Aus Sicht des Regierungsrats sei es deshalb nicht

sinnvoll, die verschiedenen Einzelfälle zu regeln. Allfällige Massnahmen sollen deshalb weiterhin in der Kompetenz der Führungsverantwortlichen liegen.

Im bereits erwähnten Bericht und Antrag zum Geschäftsbericht vom 5. Juni 2024 (Vorlage 3716.2 - 17711) führte die Stawiko aus, dass sie die Anstellung auf dem Berufungsweg sowohl von Familienangehörigen als auch von Personen, welche politische Ämter ausüben, als sehr kritisch erachte. Es leide das Vertrauen in den Staat und in eine unabhängige Amtsführung. Dies verschärfe sich, wenn eine aufsichtsrechtliche Problematik bei Personen mit politischen Ämtern dazu komme.

Die Kommission ist sich einig, dass es wichtig ist, Regelungen zu Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz und zur Berufung beziehungsweise Anstellung von Familienangehörigen und Personen mit politischen Ämtern zu erarbeiten. Die Aufforderung an den Regierungsrat wird deshalb nochmals gestellt.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Die Stawiko wiederholt ihre Aufforderung und besteht darauf, dass Governance-Regeln zu Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz und zur Berufung beziehungsweise Anstellung von Familienangehörigen und Personen mit politischen Ämtern zu erlassen sind. Aufgrund der Diskussion versichert der Finanzdirektor, dass die Finanzdirektion die Anpassung beziehungsweise die Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für beide Bereiche an die Hand nehme.

3.3 Einsatz von externen Beratungsdienstleistungen

Die Stawiko-Delegation stellt bereits bei der ersten besprochenen Direktion (Direktion des Innern) eine Zunahme der externen Beratungsdienstleistungen fest. Hier wie in anderen Direktionen stellt sich die Frage, ob solche Beratungsdienstleistungen wirklich notwendig sind. Die Delegation DI schlägt vor, eine Aufforderung an den Regierungsrat für die gesamte Verwaltung in den Bericht aufzunehmen, was die Stawiko einstimmig gutheisst.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Über alle Ämter in allen Direktionen ist möglichst zurückhaltend mit externen Beratungsdienstleistungen umzugehen.

4. Detailberatung

4.1 Pauschale Kürzung der beantragten neuen Stellen

Es wird der Antrag gestellt, zu Beginn – also vor der Beratung der Direktionen beziehungsweise der Ämter – eine pauschale Kürzung der beantragten neuen Stellen vorzunehmen. Damit müssten nicht die einzelnen Stellenanträge beraten werden, wofür das Hintergrundwissen vielfach fehle.

Dem wird entgegengehalten, dass zuerst die Direktionen und Ämter beraten werden sollen, damit Schwerpunkte gesetzt werden könnten.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 7 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen, zuerst die Direktionen und Ämter zu beraten und danach über eine pauschale Kürzung bei den neuen Stellen zu diskutieren.

4.2 Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Ämtern

Im Folgenden werden jene Bereiche erwähnt, zu denen in der Detailberatung Anträge gestellt oder die vertieft beraten worden sind:

11 Allgemeine Verwaltung

1129 Datenschutzstelle (DATS)

Es wird der Antrag gestellt, bei der Datenschutzstelle eine neue Stelle «Juristische/r Mitarbeiter/in» in einem 80%-Pensum zu schaffen. Ein solcher Antrag für eine neue Stelle sei in den Vorjahren bereits mehrmals von der Stawiko gestrichen worden. Es gehe darum, diese unabhängige Stelle, welche die Interessen der Bevölkerung wahrnehme und eine wichtige Funktion erfülle, zu stärken. Zudem habe die Thematik des Datenschutzes stark zugenommen und die Datenschutzstelle verfüge über zu wenig personelle Ressourcen.

Gegen den Antrag wird argumentiert, dass die Personalressourcen der Datenschutzstelle im Vergleich zu anderen Kantonen – wie im Vorjahr festgestellt wurde (vgl. Bericht und Antrag der Stawiko vom 2. November 2023, Vorlage 3615.3 - 17460) – bereits ausreichend seien. Zudem wird ins Feld geführt, dass die Leiterin der Datenschutzstelle für 2025 keinen Antrag gestellt habe.

- Die Stawiko beschliesst mit 13 Nein- zu 2 Ja-Stimmen ohne Enthaltung, bei der Datenschutzstelle keine 80%-Stelle «Juristische/r Mitarbeiter/in» zu schaffen.

15 Direktion des Innern

Die aus Sicht der Stawiko problematische Governance (siehe vorgängig Ziffer 3.2) wird explizit bei der Direktion des Innern besprochen. Es ist für die Stawiko unverständlich, dass nach der im Frühling geäußerten, deutlichen Kritik in der Direktion des Innern nun auch noch ein von der Thematik betroffener Abteilungsleiter zum stellvertretenden Amtsleiter befördert wurde. Anstellungen auf dem Berufungsweg sollten nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden – insbesondere wenn es sich um Familienangehörige oder Personen, welche politische Ämter ausüben, handelt. Anscheinend fehlt beim Direktor des Innern das notwendige Fingerspitzengefühl. Die Stawiko erwartet von einer Regierungsrätin oder einem Regierungsrat, dass sie oder er sich der Thematik bewusst ist und entsprechend auch Verantwortung übernimmt.

Es wird der Antrag gestellt, den Direktor des Innern für das Vorgehen und die Missachtung der Kritik der Stawiko zu rügen. Ein weiterer Antrag verlangt, dass neben der Rüge zusätzlich in einem Postulat zu fordern sei, dass Governance-Regeln zu Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz und zur Berufung beziehungsweise Anstellung von Familienangehörigen und Personen mit politischen Ämtern erlassen werden.

- Die Stawiko beschliesst mit 12 zu 3 Stimmen ohne Enthaltungen, auf das Postulat zum Erlass von Governance-Regeln zu Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz und zur Berufung bzw. Anstellung von Familienangehörigen und Personen mit politischen Ämtern zu verzichten (siehe auch vorne, Ziffer 3.2). Gleichzeitig beschliesst die Stawiko, jedoch den Direktor des Innern für die Beförderung des von der Thematik betroffenen Abteilungsleiters zum stellvertretenden Amtsleiter und die damit verbundene Missachtung der Kritik der Stawiko zu rügen.

1500 Direktionssekretariat DI

Der Regierungsrat beantragt, beim Direktionssekretariat DI das Pensum einer/s Grundbuch- und Notariatsinspektors/in um 20 Stellenprozent zu erhöhen. Es wird von der Delegation DI der Antrag gestellt, diese Stelle im Budget 2025 zu streichen.

- Die Stawiko beschliesst mit 13 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Direktionssekretariats DI um 25 000 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 20%-Aufstockung für eine/n Grundbuch- und Notariatsinspektor/in nicht zu schaffen.

Der Regierungsrat beantragt, beim Direktionssekretariat DI eine 80%-Stelle Sachbearbeiter/in beziehungsweise Zivilstandsbeamtin/-beamter zu schaffen. Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle auf 3 Jahre zu befristen. Der Arbeitsanfall bleibe gemäss Stellenantrag aufgrund des Ukraine-Kriegs (Anstieg von Einbürgerungsgesuchen russischer Staatsangehöriger) und der Entwicklungen im Asyl- und Flüchtlingswesen hoch. Es sei aber davon auszugehen, dass sich dieser Arbeitsanfall mittelfristig wieder reduziert.

- Die Stawiko beschliesst einstimmig bei 1 kurzzeitigen Abwesenheit, die 80%-Stelle Sachbearbeiter/in beziehungsweise Zivilstandsbeamtin/-beamter beim Direktionssekretariat DI auf 3 Jahre zu befristen.

1530 Amt für Wald und Wild

Aus Sicht der Delegation DI wurde die Problematik der invasiven aquatischen Organismen (Quagga-Muschel) zu lange nicht ernst genommen. Dies führte dazu, dass der Zugersee nun befallen ist. Die Delegation DI schlägt vor, eine Aufforderung an den Regierungsrat in den Bericht aufzunehmen, was die Stawiko einstimmig unterstützt.

- Aufforderung an den Regierungsrat: Es ist alles daran zu setzen, den Ägerisee vor der Quagga-Muschel zu schützen. Es sollen so schnell wie möglich die finanziellen Folgen für die Bekämpfung der durch die Quagga-Muschel verursachten Probleme im Zugersee sowie für die Bekämpfung im Ägerisee dargelegt werden und der Stawiko ist laufend zu berichten.

Der Regierungsrat beantragt, beim Amt für Wald und Wild eine 30%-Stelle Projektleitung Waldschutz zu schaffen. Es wird der Antrag gestellt, diese Stellen im Budget 2025 zu streichen. Die Notwendigkeit dieser Stelle wird bezweifelt.

- Die Stawiko beschliesst mit 8 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen sowie 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts Wald und Wild um 37'500 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Waldschutz nicht zu schaffen.

1550 Sozialamt

Im Bericht und Antrag zum Geschäftsbericht 2023 vom 5. Juni 2024 (Vorlage 3716.2 - 17711) forderte die Stawiko den Regierungsrat auf, die kostenintensive Fluktuation bei den Hilfskräften nach Möglichkeit zu reduzieren, zum Beispiel durch befristete Festanstellungen. Zudem sollte die Möglichkeiten zur Angleichung der Anstellungsbedingungen an die Bedingungen der Festangestellten im Bereich der Ferientage, Lohnfortzahlung etc. geprüft werden.

Es stellt sich für die Stawiko die Frage, wie der Stand der Prüfung von Möglichkeiten zur Angleichung der Anstellungsbedingungen bei Hilfskräften an die Bedingungen der Festangestellten im Bereich der Ferientage, Lohnfortzahlung etc. ist.

Gemäss Finanzdirektor wurden primär die erste Hälfte der Aufforderung, die Umwandlungen, vorgenommen, was Auswirkungen auf die Anzahl neuer Stellen hat. Beim Sozialamt beziehungsweise im Asylwesen ist die Umwandlung von 74,5 Stellen (21,75 Stellen unbefristet und 52,75 Stellen auf 3 Jahre befristet) vorgesehen. Die Prüfung der Angleichung der Anstellungsbedingungen als zweite Hälfte der Aufforderung sei im Moment noch pendent.

Für Stawiko ist es wichtig, dass allfällige Massnahmen auf 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden könnten. Ansonsten wird ein zusätzliches Jahr verloren. Die Pendenz verbleibt mit der zweiten Hälfte auf der Liste und wird als Aufforderung an den Regierungsrat in diesem Aspekt nochmals erwähnt.

- ➔ Erneute Aufforderung an den Regierungsrat: Es ist die Möglichkeit zur Angleichung der Anstellungsbedingungen bei den Hilfskräften an die Bedingungen der Festangestellten bei den Anstellungsbedingungen (z. B. Ferientage, Lohnfortzahlung etc.) zu prüfen, um die kostenintensive Fluktuation bei Hilfskräften zu reduzieren

Die Umwandlungen von Hilfskräften in Festanstellungen werden als «erfolgsneutral» bezeichnet. Natürlich sind diese Hilfskräfte bereits im Aufwand der Staatsrechnung enthalten. Trotzdem werden mit der Umwandlung neue Stellen geschaffen. Deshalb ist für die Kommission die Bezeichnung «erfolgsneutral» nicht korrekt.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Künftig sind Umwandlungen von Hilfskräften in Festanstellungen als separate Kategorie auszuweisen und entsprechend zu bezeichnen. Solche Umwandlung als «erfolgsneutral» zu bezeichnen ist für die Stawiko nicht korrekt.

1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Im Budget 2025 ist die Anschaffung eines Dienstfahrzeugs vorgesehen. Am bisherigen Standort des Mandatszentrums (Artherstrasse 25) seien Mobility Fahrzeuge zur Verfügung gestanden, welche von privaten Personen nur wenig benutzt wurden und so auch kurzfristig die Benützung durch die Mitarbeitenden ermöglicht hätten. Am neuen Standort (Baarerstrasse 131) gäbe es diese Möglichkeit nicht mehr.

Gemäss Abklärungen durch den Finanzdirektor sei das Mobility-Fahrzeug am neuen Standort nicht immer spontan verfügbar, weil die Nutzung durch private Personen höher sei als am alten Standort. Deshalb sei es notwendig, ein Dienstfahrzeug anzuschaffen, welches immer verfügbar sei.

Da trotzdem Mobility-Fahrzeuge in Gehdistanz zur Verfügung stehen, wird der Antrag gestellt, die Anschaffung des Dienstfahrzeugs im Budget 2025 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutzes im Betrag von 45'000 Franken zu streichen.

- ➔ Die Stawiko beschliesst einstimmig bei 1 kurzfristigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutzes um 45'000 Franken zu reduzieren mit der Intention, die Anschaffung des Dienstfahrzeugs zu streichen.

Der Regierungsrat beantragt, beim Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz eine 100%-Stelle Vizepräsidium und Behördenmitglied KESB und eine 80%-Stelle Qualitäts- und Wissensmanagement zu schaffen. Es wird von der Delegation DI der Antrag gestellt, diese Stellen im Budget 2025 zu streichen. Die Notwendigkeit der Stellen konnten der Delegation nicht plausibel erläutert werden.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 13 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 225'000 Franken zu reduzieren mit der Intention, die 100%-Stelle Vizepräsidium und Behördenmitglied KESB und die 80%-Stelle Qualitäts- und Wissensmanagement nicht zu schaffen.

1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie

Aus Versehen sind 65'600 Franken Aufwand für Hilfskräfte für den Aufbau des Bauteillagers enthalten, welche aufgrund der Streichung der Stelle Bauteillager nicht benötigt werden. Es wird von der Delegation DI der Antrag gestellt, diesen Betrag im Budget 2025 zu streichen.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 13 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 65'600 Franken zu reduzieren mit der Intention, keine Hilfskräfte für den Aufbau des Bauteillagers anzustellen.

1730 Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule

Die Eröffnung der Kantonsschule Rotkreuz ist für Sommer 2025 vorgesehen. Die Delegation DBK stellt in diesem Zusammenhang Antrag für eine Aufforderung im Bereich Kommunikation. Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 kurzzeitigen Abwesenheit, diesem Antrag zu folgen.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Der kantonsschulinternen Kommunikation ist – im Zusammenhang mit der personellen Besetzung des Lehrkörpers beim Aufbau der Kantonsschule Rotkreuz – die nötige Beachtung zu schenken.

Der Regierungsrat beantragt, eine 40%-Stelle Assistenz Leitungsteam bei der Fachmittelschule. Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle zu streichen. Es gelte Prioritäten zu setzen und das Wachstum sei mit bestehenden Ressourcen aufzufangen.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 8 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule um 50'000 Franken zu reduzieren mit der Intention, keine 40%-Stelle Assistenz Leitungsteam bei der Fachmittelschule zu schaffen.

1740 Amt für gemeindliche Schulen

Ab Finanzplanjahr 2026 sind eine 80%-Stelle im Schulpsychologischen Dienst und eine 80%-Stelle in der Abteilung Sonderpädagogik vorgesehen. Die Delegation DBK stellt den Antrag, die beiden Stellen bereits ins Budget 2025 aufzunehmen. Ein Aufschub ins Jahr 2026 sei nicht zielführend, da sich seit der Budgeteingabe im Frühling 2024 der Bedarf an zusätzlichen Ressourcen konkretisiert habe.

- ➔ Die Stawiko beschliesst mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für gemeindliche Schulen um 83'334 Franken (2 Stellen x 125'000 Franken zu 80% ab 1. August 2025) zu erhöhen mit der Intention, im Schulpsychologischen Dienst eine 80%-Stelle für eine/n Schulpsychologin/en sowie in der Sonderpädagogik eine 80%-Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeitenden zu schaffen.

1777 Amt für Berufsberatung

Der Regierungsrat beantragt, eine 10%-Stelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung beim Amt für Berufsberatung. Es wird der Antrag gestellt, diese Stelle zu streichen. Es gelte Prioritäten zu setzen und das Wachstum sei mit bestehenden Ressourcen aufzufangen.

- Die Stawiko beschliesst mit 8 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 kurzzeitigen Abwesenheit, das Budget 2025 des Amts für Berufsberatung um 5200 Franken zu reduzieren mit der Intention, keine 10%-Stelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung beim Amt für Berufsberatung zu schaffen.

20 Volkswirtschaftsdirektion

In der Volkswirtschaftsdirektion werden gesamthaft 19,95 Stellen beantragt. Es stelle sich die Frage, ob insbesondere beim Handelsregister- und Konkursamt mit insgesamt 15,5 Stellen, die Einarbeitung einer so hohen Anzahl neuer Mitarbeitenden überhaupt möglich sei. Im Weiteren bestehe der Eindruck, dass beim Handelsregister- und Konkursamt mit organisatorischen Massnahmen effizienter gearbeitet werden könnte und nicht nur die personellen Ressourcen aufgestockt werden sollten. Es bleibe zudem abzuwarten, wie hoch die zusätzliche Belastung durch die «schärferen Massnahmen gegen missbräuchliche Konkurse» tatsächlich sein werde. Eine pauschale Kürzung biete sich deshalb bei der Volkswirtschaftsdirektion an. Es wird der Antrag gestellt, pauschal 3,5 Stellen zu kürzen. Es soll in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, welche Stellen nicht geschaffen werden sollen.

Dem wird entgegengehalten, dass es aufgrund von Bundesvorgaben beim Handelsregister- und Konkursamt teilweise nicht möglich sei, effizienter (zum Beispiel «papierlos») zu arbeiten. Eine Verbesserung werde erst mit «Justitia 4.0» möglich sein.

- Die Stawiko beschliesst mit 10 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung, das Budget 2025 der Volkswirtschaftsdirektion um 437'500 Franken (3,5 Stellen x 125'000 Franken) zu reduzieren mit der Intention, pauschal 3,5 Stellen nicht zu schaffen. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.

2013 Gewerblich-industrielles Bildungszentrum

Wie zu erfahren war, gehen ab dem Jahr 2026 die Automatiker nicht mehr am gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug in den Unterricht, sondern am Berufsbildungszentrum Goldau. Polymechaniker müssen ans Berufs- und Weiterbildungszentrum Uri in Altdorf zur Schule.

Gemäss Informationen der Stawiko wurde diese Massnahme intern sehr schlecht kommuniziert. Zudem verringert dies die Attraktivität dieser Berufslehren.

Der Finanzdirektor bezieht sich auf die Antwort des Regierungsrats zur Kleinen Anfrage von Jean Luc Mösch, Peter Letter, Jeffrey Illi, Martin Zimmermann, Peter Rust und Jost Arnold betreffend Gewerblich-Industrielles Bildungszentrum Zug in Bezug auf die Auslagerung von Lehrberufen aus dem Kanton Zug in andere Kantone (Vorlage Nr. 3807.2 - 17883). Aufgrund der bevorstehenden Anpassungen im Berufsbildungsbereich (neue Bildungsverordnung und Projekt Futurememe) sei nach Synergien und Optimierungen für die zukünftige Beschulung der Lernenden gesucht worden. Dies erfolgte im Sinne einer strategischen und zukunftsweisenden Gesamtschau der Entwicklungen in den betreffenden Berufen unter den drei Berufsfachschulen in Altdorf (BWZ Uri), Goldau (BBZG) und Zug (GIBZ). Folgende Faktoren seien dabei in den Entscheid eingeflossen:

- Sinkende Lehrvertragszahlen
- Bildungsreformen
- Bildung von Kompetenzzentren.

Eine Konzentration mache unter Berücksichtigung dieser Faktoren Sinn. Die Stawiko nimmt diese Aussage zur Kenntnis.

2072 Handelsregister- und Konkursamt

Es wird auf die kleine Anfrage von Kantonsrätin Mirjam Arnold aufmerksam gemacht, welche nach den Missständen im Handelsregister- und Konkursamt fragt.

Die Delegation verfügt über andere Informationen. Die Volkswirtschaftsdirektion habe informiert, dass die früher bestandenen Pendenzen nun aufgearbeitet hätten werden können und auch die Fristen könnten nun eingehalten werden. Ein Delegationsmitglied habe am Austausch der Wirtschaftsverbände mit dem Gesamtregerungsrat teilgenommen. Der Anwältenverein des Kantons Zug habe an dieser Zusammenkunft die Verbesserungen in diesem Zusammenhang ausdrücklich gelobt.

3060 Hochbauamt

Für das Budget 2025 beantragt der Regierungsrat 165,85 neue Stellen. Neue Stellen haben immer Auswirkungen auf die Anzahl physischer Arbeitsplätze. Dies stelle das Hochbauamt immer wieder vor neue Herausforderungen. Mit der von der Stawiko geforderten Büroraumplanung werde das Hochbauamt zwar in den Prozess miteinbezogen. Trotzdem sei die Bewältigung der Büroraumplanung bei einer so hohen Anzahl von Stellen immer noch herausfordernd. Die Delegation stellt in diesem Zusammenhang deshalb Antrag auf eine Aufforderung an den Regierungsrat, dem die Stawiko stillschweigend zustimmt.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Angesichts des grossen Volumens an erneuten Stellenanträgen über die gesamte Verwaltung sieht die Stawiko grosse Herausforderungen auf das Hochbauamt zukommen. Das Stellenwachstum sollte daher kritischer hinterfragt werden. Dies generell und nicht auf die Baudirektion bezogen.

35 Sicherheitsdirektion

In der Sicherheitsdirektion werden gesamthaft 14 Stellen beantragt. Es wird der Antrag gestellt, pauschal 4 Stellen bei der Sicherheitsdirektion zu kürzen. Das Wachstum der Stellenprozent unter dem «generellen Wachstum» sei höher als vergleichbare Wachstumsfaktoren (zum Beispiel BIP etc.). Mit der gleichen Begründung wird ein zweiter Antrag gestellt, pauschal nur 2 Stellen bei der Sicherheitsdirektion zu kürzen. Es soll bei beiden Anträgen in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, welche Stellen nicht geschaffen werden sollen.

Dem wird entgegengehalten, dass für die öffentliche Sicherheit genügend Ressourcen zur Verfügung stehen müssten. Aufgrund der Altersstruktur würden in der Zuger Polizei viele Pensionierungen anstehen, was auf die Anzahl Stellen Auswirkungen hat. Nachwuchs müsse zuerst ausgebildet werden.

Eine erste Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- 7 Stimmen für eine Pauschalkürzung von 2 Stellen
- 6 Stimmen für eine Pauschalkürzung von 4 Stellen
- 2 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats (keine Kürzung).

Somit fehlt das absolute Mehr und es wird über die beiden Anträge mit den meisten Stimmen abgestimmt.

- Die Stawiko beschliesst mit 9 Stimmen für eine Pauschalkürzung von 2 Stellen gegen 6 Stimmen für eine Pauschalkürzung von 4 Stellen, das Budget 2025 der Sicherheitswirtschaftsdirektion um 250'000 Franken (2 Stellen x 125'000 Franken) zu reduzieren mit der Intention, pauschal 2 Stellen nicht zu schaffen. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.

3500 Direktionssekretariat SD

Die Sicherheitsdirektion begründet einen Antrag für eine Projektleitungsstelle damit, dass für konkrete und zeitnahe Resultate DigitalisierungshandwerkerInnen mit IT-Know How fehlen. Es brauche Kräfte, welche die Anforderungen der Ämter vertieft verstehen lernen, um sie in IT-Sprache und IT-Lösungen zu übersetzen. Auch würden für vorhandene Projekte jeweils Projektleitende, auf welche die Direktionen und Ämter zugreifen können, fehlen. Stattdessen müssten immer wieder externe Projektleitende im Auftragsverhältnis hinzugezogen und neu in die Umgebung der kantonalen Verwaltung eingearbeitet werden. Die führe langfristig zu einem Verlust von Knowhow. Die Delegation SD stellt deshalb Antrag auf eine Aufforderung an den Regierungsrat.

Dem wird entgegengehalten, dass in der Sicherheitsdirektion nicht eine separate IT-Abteilung aufgebaut werden soll. Die Zusammenarbeit zwischen AIO und Sicherheitsdirektion funktioniere gut.

- Die Stawiko stimmt mit 12 Nein- zu 3 Ja-Stimmen gegen den Antrag für die Aufforderung an Regierungsrat zur Erarbeitung einer externen Expertenansicht, ob die erheblichen Digitalisierungsmittel des Kantons zielführend und effizient eingesetzt werden.

3540 Amt für Zivilschutz und Militär

Per Kantonsratsbeschluss wurden 6 Millionen Franken für die Finanzierung des Ausbildungszentrums Schönauf aus der Spezialfinanzierung Zivilschutz entnommen (Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Instandsetzung und Erweiterung des Ausbildungszentrums Schönauf auf dem GS 2257, Lorzenstrasse 4, Cham, vom 26. Oktober 2017; Vorlage 2655). Ebenso wurden in den vergangenen Jahren Auslagen des Zivilschutzes mit operativem Charakter über die Spezialfinanzierung abgewickelt. Diese Mittel fehlen nun in den nächsten Jahren – insbesondere aufgrund der geopolitischen Lage – für die notwendige Erneuerung der Schutzräume und Schutzanlagen. Die Delegation SD stellt deshalb Antrag auf eine Aufforderung an den Regierungsrat.

Dem wird entgegengehalten, dass per 31. Dezember 2023 die Spezialfinanzierung Zivilschutz immer noch einen Bestand von 3,0 Millionen Franken ausweise. Eine Erhöhung sei im Moment nicht angezeigt.

Die Stawiko stimmt dem Antrag für die Aufforderung an Regierungsrat zur Prüfung einer Sondereinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz mit 11 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

- ➔ Aufforderung an den Regierungsrat: Es ist zu prüfen, ob mit einer Sondereinlage in die Spezialfinanzierung Zivilschutz die Mittel wieder auf einen Stand gebracht werden können, welcher für die anstehenden gesetzlichen Aufgaben ausreicht.

4050 Amt für Gesundheit

Es wird der Antrag gestellt, die neue Stelle Fachperson psychische Erkrankungen von einem 60%-Pensum auf ein 100%-Pensum zu erhöhen, wie dies von der Direktion beantragt wurde. Psychische Erkrankungen würden zunehmen und es sei wichtig, in diesem Bereich über genügend Ressourcen zu verfügen.

Dem wird entgegengehalten, dass Präventionskampagnen Suizide nicht verhindern würden. Wichtiger sei das nahe Umfeld der betroffenen Personen. Es gelte achtsamer miteinander umzugehen.

- ➔ Die Stawiko stimmt mit 11 Stimmen zu 4 Stimmen gegen die Erhöhung der Stelle Fachperson Prävention psychische Erkrankungen um 40% auf 100%.

5001 Finanzkontrolle

Es wird der Antrag gestellt, bei der Finanzkontrolle eine 80%-Stelle für einen IT-Revisor zu schaffen. Gemäss Delegationsberichterstattung ist die Finanzkontrolle mit 400%-Stellen im Vergleich zu anderen Kantonen sehr schlank aufgestellt. IT-Prüfungen würden auch bei der Prüfung von Amtsstellen immer wichtiger. Zudem habe sich gezeigt, dass die Finanzkontrolle der Stawiko wichtige Hinweise liefern würde.

Dem wird entgegengehalten, dass die Finanzkontrolle bis anhin ihre Aufgaben erfüllt habe. In Anbetracht der hohen Zahl an beantragten neuen Stellen bestehe im Moment keine Möglichkeit bei der Finanzkontrolle die Personalressourcen zu erhöhen. Die Finanzdirektion habe auch ihre Prioritäten zu setzen.

- ➔ Die Stawiko stimmt mit 10 Stimmen zu 3 Stimmen bei 2 Abwesenheiten gegen die Erhöhung der personellen Ressourcen bei der Finanzkontrolle für einen IT-Revisor um 80%.

4.3 Teuerungszulage für das Jahr 2025

Die Berechnungen zum Teuerungsausgleich stützen sich auf den Landesindex der Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100 Punkte), welcher per Ende September 2024 einen Wert von 105,2 Punkten ausweist. Die aktuellen Löhne basieren auf dem Indexstand von September 2023 beziehungsweise 104,3 Punkten, weshalb bei vollem Ausgleich eine Teuerungszulage von 0,86% gegenüber den Vorjahreslöhnen zu gewähren wäre. Im vom Regierungsrat beantragten Budget 2025 wurde von einer Teuerung von 1,9% ausgegangen.

Der Regierungsrat beantragt zuhanden der Stawiko, die effektive Teuerung von 0,86% zu übernehmen und die Reduktion im Budget 2025 um gesamthaft 4'931'000 Franken dem Kantonsrat zu beantragen.

Die Teuerungszulage wird gewährt auf:

- die Jahresgehälter der Mitglieder des Regierungsrates gemäss § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Mitglieder des Regierungsrats vom 1. Februar 1990
- die im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG) vom 1. September 1994 enthaltenen Jahreslöhne des Staatspersonals (§ 44), der Richterinnen und Richter, der Landschreiberin oder des Landschreibers, der oder des Datenschutzbeauftragten sowie der Ombudsperson (alle § 45)
- die Ansätze für Entschädigungen gemäss §§ 4 bis 8 des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz) vom 27. Januar 1994
- die Pauschalen gemäss § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 sowie § 1 und § 3 Abs. 1 der Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals (Schulsubventions-Verordnung) vom 25. November 2008
- die Pauschalen gemäss § 78 Abs. 2 des Schulgesetzes (SchulG) vom 27. September 1990 an anerkannte Privatschulen.

Es wird der Antrag gestellt, die Teuerungszulage von 0,86% auf 1,26% zu erhöhen. Die Krankenprämien seien nicht im Landesindex der Konsumentenpreise enthalten, was zu einem durchschnittlichen Kaufkraftverlust von 0,4% führe.

- ➔ Die Stawiko stimmt mit 12 Stimmen zu 1 Stimme bei 2 Abwesenheiten für die Gewährung einer Teuerungszulage von 0,86% und damit das Budget um 4'931'000 Franken zu kürzen.

4.4 Pauschale Kürzung der beantragten neuen Stellen

Gemäss Ziffer 4.1 wird nochmals die pauschale Kürzung der beantragten neuen Stellen zur Diskussion gestellt. Nach der Diskussion der Direktionen und Ämter stellt die Stawiko folgende Anträge zu den neuen Stellen:

Direktion	Stellenbezeichnung	Pensum	Fr.
DI	Amt für Denkmalpflege: Zuviel budgetiert für Hilfskräfte		-65'600
DI	1500.0300 Grundbuch- und Notariatsinspektor/in	-20%	-25'000
DI	1552.0300 Qualitäts- und Wissensmanagement	-80%	-83'300
DI	1552.0300 Vizepräsidium und Behördenmitglied KESB	-100%	-141'700
DI	1530.0300 Projektleitung Waldschutz	-30%	-37'500
DI	1500.4100 SB bzw. Zivilstandsbeamtin/-beamter	Befristung auf 3 Jahre	
DBK	Schulpsychologischer Dienst (bereits im 2025 statt 2026)	80%	41'667
DBK	Sonderpädagogik (bereits im 2025 statt 2026)	80%	41'667
DBK	1730.3100 Assistenz Leitungsteam	-40%	-50'000
DBK	1777.0310 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	-10%	-5'200
VD	Pauschal	-350%	-437'500
SD	Pauschal	-200%	-250'000
Total		<u>-670%</u>	<u>-1'012'466</u>

Somit würden die vom Regierungsrat beantragten 165,85 Stellen um 6,7 Stellen oder 1'012'466 Franken reduziert. Es verbleiben somit 159,15 neue Stellen.

Es wird ein Antrag gestellt, pauschal über die ganze Verwaltung zusätzlich 60 Stellen zu streichen. In einigen Direktionen seien nun in der Beratung keine Kürzungen vorgenommen worden. Zudem sei das Wachstum der neuen Stellen im Vergleich zum Wachstum des BIP oder anderer Vergleichsgrössen immer noch zu hoch. Der Regierungsrat müsse nochmals Prioritäten setzen.

Dem wird entgegengehalten, dass die Delegationen die neuen Stellen bei jeder Direktion beurteilt hätten. Ein Antrag nochmals 60 Stellen zu kürzen sei nicht seriös. Die Stawiko nehme sich mit einer zusätzlichen Pauschalkürzung aus der Verantwortung. Zudem müsse man die Realitäten sehen – zum Beispiel müssten die Asylsuchenden, welche dem Kanton Zug zugewiesen werden, betreut werden können.

Es wird ein zweiter Antrag gestellt: Ausgehend von den im generellen Wachstum ausgewiesenen 31,05 neuen Stellen (ohne Kantonsschule Rotkreuz) könnten die bereits gekürzten 6,7 Stellen abgezogen werden. Wenn die Hälfte gekürzt werden soll, verblieben nach Abzug der bereits gekürzten Stellen rund 10 Stellen, welche noch zusätzlich pauschal gekürzt werden sollen.

Zusätzlich wird ein dritter Antrag gestellt, keine weiteren (pauschalen) Kürzungen mehr vorzunehmen.

→ Die drei Anträge werden einander gegenübergestellt:

- 3 Stimmen für keine zusätzliche Kürzung (159,15 Stellen verbleiben)
- 3 Stimmen für den Antrag zusätzlich 10 Stellen pauschal zu kürzen
- 7 Stimmen für den Antrag zusätzlich 60 Stellen pauschal zu kürzen
- Keine Enthaltungen, aber 2 Abwesenheiten.

Das absolute Mehr erreicht der Antrag, zusätzlich 60 Stellen pauschal zu kürzen. Somit beantragt die Stawiko, zusätzlich 60 Stellen pauschal beziehungsweise das Budget 2025 um 6,0 Millionen Franken (60 Stellen x Durchschnittjahreslohn von Fr. 100'000 – 159,15 Stellen gemäss Übersicht «Stellenanträge Budget 2025» geteilt durch Total 16'638'100 Franken bewilligt durch RR ergibt gerundet 100'000 Franken) kürzen. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.

5. Öffentlich-rechtliche Anstalten

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung. Jedoch hat der Kantonsrat aufgrund von Bestimmungen in Spezialgesetzen die Budgets der Pädagogischen Hochschule Zug und der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen.

5.1 Pädagogische Hochschule Zug

Der Leistungsauftrag der PH Zug ist gleich aufgebaut wie diejenigen der kantonalen Ämter. Das Globalbudget ist mit einem Aufwandüberschuss von rund 12,1 Millionen Franken um rund 0,5 Millionen Franken höher als im Vorjahr. Im Budget 2025 ist zudem vorgesehen, zusätzlich zum Ausgleich des Aufwandüberschusses den Kantonsbeitrag um 1,5 Millionen Franken zur Sicherung der Liquidität beziehungsweise zur Reservenbildung zu erhöhen. Der gesamte budgetierte Kantonsbeitrag von rund 13,6 Millionen (inklusive Erhöhung) entspricht dem Betrag, der im Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Amt Nr. 1730) erfasst ist. Gemäss Regierungsratsbeschluss über die Ausrichtung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 2025 vom 10. Oktober 2024 reduziert sich der Kantonsbeitrag um 188 000 Franken.

5.2 Justizvollzugsanstalt Bostadel

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Zug zur Errichtung und zum Betrieb einer gemeinsamen Strafanstalt im Bostadel (Anhang zu BGS 332.31) müssen die Parlamente beider Kantone das Budget, die Jahresrechnung und den Jahresbericht beschliessen. Das Budget 2025 rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 326'000 Franken, wovon der Kanton Zug einen Fünftel oder rund 65'000 Franken tragen muss. Dieser Betrag ist im Globalbudget des Amts für Justizvollzug (Amt Nr. 3596) bei der Sicherheitsdirektion eingestellt.

Die Investitionsrechnung sieht Ausgaben von rund 563'000 Franken vor, rund 712'000 Franken weniger als im Vorjahresbudget.

6. Finanzstatus

Der aktuelle Finanzstatus erfasst die finanziellen Auswirkungen derjenigen Geschäfte, die in der Zeit vom 26. September 2023 bis 10. September 2024 von der Regierung und dem Kantonsrat beschlossen worden sind. Der Finanzstatus zeigt die Differenzen zwischen den effektiven Ausgabenbeschlüssen und den Budget- beziehungsweise Finanzplanzahlen. Es ist zu beachten, dass die finanziellen Entwicklungen, die nicht auf Regierungsrats- oder Kantonsrats-Beschlüsse zurückgehen (wie zum Beispiel Veränderungen bei den Steuererträgen oder die zeitliche Verschiebung von Investitionsprojekten) nicht berücksichtigt sind. Die Übersicht fasst alle finanziellen Auswirkungen zusammen. Es zeigt sich, dass die erfassten Beschlüsse die Jahresrechnung 2024 um 4,9 Millionen Franken stärker belasten als budgetiert. Hauptverantwortlich dafür sind die Beschlüsse des Kantonsrats betreffend Änderung des Schulgesetzes und des Lehrpersonalgesetzes (u.a. Kantonsbeiträge an erkannte Privatschulen) sowie des Regierungsrats betreffend der Auszahlung des Kantonsbeitrags 2025 an das Nationale Testinstitut für Cybersicherheit NTC bereits im Jahr 2024. Die Investitionsrechnung liegt um rund 3,9 Millionen Franken über dem Budget. Die Stawiko legt die Übersicht des Finanzstatus diesem Bericht bei (siehe Beilage 3).

→ Die Stawiko nimmt vom Finanzstatus per 10. September 2024 Kenntnis.

7. Jahresberichte 2023 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen

Die Staatskanzlei stellt die Jahresberichte der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen (IGPK) jeweils allen Mitgliedern des Kantonsrates zur Kenntnisnahme zu. Eine Traktandierung findet nicht statt, sodass der Kantonsrat dazu keine Stellung nehmen kann. Der Kanton Zug wird in den verschiedenen IGPK durch die Stawiko-Mitglieder vertreten, die für die jeweilige Direktion zuständig sind.

→ Die Stawiko nimmt folgende Jahresberichte 2023 zur Kenntnis:

- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)
- Hochschule Luzern (HSLU)
- Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht (ZBSA)

8. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 7 Ja- zu 6 Nein-Stimmen ohne Enthaltung bei 2 Abwesenheiten der Vorlage Nr. 3797.1 - 0000 gemäss Anträgen laut Detailberatung zuzustimmen.

9. Anträge

Gestützt auf diesen Bericht beantragt Ihnen die Stawiko:

- 1) die Leistungsaufträge 2025 zu genehmigen
- 2) das Budget 2025 (Vorlage Nr. 3797.1 - 00000) mit folgenden Änderungen zu genehmigen (Abstimmungsverhältnisse zu den Änderungsanträgen siehe Kapitel Detailberatung):
 - a) Reduktion des Budgets 2025 des Direktionssekretariats der Direktion des Innern um 25'000 Franken mit der Intention, die 20%-Aufstockung für eine/n Grundbuch- und Notariatsinspektor/in nicht zu schaffen (1500.0300 a);
 - b) Befristung der 80%-Stelle Sachbearbeiter/in beziehungsweise Zivilstandsbeamtin/-beamter beim Direktionssekretariat DI auf 3 Jahre (1500.4100 d);
 - c) Reduktion des Budgets 2025 des Amts Wald und Wild um 37'500 Franken mit der Intention, die 30%-Stelle Projektleitung Waldschutz nicht zu schaffen (1530.0300 g);
 - d) Reduktion des Budgets 2025 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 45'000 Franken mit der Intention, die Anschaffung des Dienstfahrzeugs zu streichen (1552.3111.20);
 - e) Reduktion des Budgets 2025 des Amts für Kindes- und Erwachsenenschutz um 225'000 Franken mit der Intention, die 100%-Stelle Vizepräsidium und Behördenmitglied KESB und die 80%-Stelle Qualitäts- und Wissensmanagement nicht zu schaffen (1552.0300 t / 1552.0300 o);
 - f) Reduktion des Budgets 2025 des Amts für Denkmalpflege und Archäologie um 65'600 Franken mit der Intention, keine Hilfskräfte für den Aufbau des Bauteillagers anzustellen (1580.3010.21);
 - g) Reduktion des Budgets 2025 des Amts für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule um 50'000 Franken mit der Intention, keine 40%-Stelle Assistenz Leitungsteam bei der Fachmittelschule zu schaffen (1730.3100 b);
 - h) Erhöhung des Budgets 2025 des Amts für gemeindliche Schulen um 83'334 Franken (2 Stellen x 125'000 Franken zu 80% ab 1. August 2025) mit der Intention, im Schulpsychologischen Dienst eine 80%-Stelle für eine/n Schulpsychologin/en sowie in der Sonderpädagogik eine 80%-Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeitenden zu schaffen (1740.3010.10);
 - i) Reduktion des Budgets 2025 des Amts für Berufsberatung um 5200 Franken mit der Intention, keine 10%-Stelle Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung beim Amt für Berufsberatung zu schaffen (1777.0310 n);
 - j) Reduktion des Budgets 2025 der Volkswirtschaftsdirektion um 437'500 Franken (3,5 Stellen x 125'000 Franken) mit der Intention, pauschal 350%-Stellen nicht zu schaffen. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.
 - k) Reduktion des Budgets 2025 der Sicherheitswirtschaftsdirektion um 250'000 Franken (2 Stellen x 125'000 Franken) mit der Intention, pauschal 200%-Stellen nicht zu schaffen. Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.
 - l) Ausrichtung der vollen Teuerungszulage gemäss Landesindex der Konsumentenpreise (Stand September 2024) von 0,86% und Reduktion des Aufwands des Budgets 2025 gegenüber dem ursprünglich beantragten Betrag um 4'931'000 Franken für die Teuerungszulage (3'700'000 Franken 5011.3010.54 / 188'000 Franken 1730.3634.10 / 994'000 Franken 1740.3632.10 / 49'000 Franken 1700.3635.10);

- m) Reduktion des Budgets 2025 um 6'000'000 Franken mit der Intention, zusätzlich 60 neue Stellen nicht zu schaffen (in Ergänzung zu den vorstehenden Kürzungen, wie unter Ziffer 4.4 erläutert). Es liegt im Ermessen des Regierungsrats, welche Stellen gekürzt werden sollen.
- 3) den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2025 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
- 4) das Budget 2025 der Justizvollzugsanstalt Bostadel zu genehmigen;
- 5) den Finanzplan 2025–2028 zur Kenntnis zu nehmen;
- 6) die Finanzierungsprognose bis 2032 zu kantonalen Investitionsprojekten zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 9 im Bericht des Regierungsrats).

Edlibach, 30. Oktober 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der erweiterten Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilagen:

- 1) Stellenübersicht per 21. August 2024
- 2) Finanzstatus per 10. September 2024
- 3) Matrix zum Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und/oder Globalbudget

Beilage 1

Kanton Zug - Budget 2025: Stellenübersicht der Kantonalen Verwaltung und Richterlichen Behörden (Stand 21.08.2024)															Finanzdirektion/Personalamt	
Bemerkungen: - Enthalten sind die Stellen für Festangestellte (inkl. Projekt- und drittfinanzierte Stellen). Nicht enthalten sind Stellen für Hilfskräfte, Aushilfen, Fachpersonal und Personen in Ausbildung. - Die internen und externen Sozialstellen sowie die Lernenden-Betreuer/innen sind in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» enthalten. - Das für die Planjahre erwartete Wachstum der Personalstellen wird gemäss Budgetvorgaben berechnet und in der Amts-Nr. 5011 «Allgemeiner Personalaufwand» dargestellt. - Die Spalte «Ist 31.12.xy» ist eine Momentaufnahme und gibt keine Auskunft über die belegten Jahresdurchschnittspensen. - Die farbigen Kommentare beziehen sich auf die entsprechenden gelben Spalten mit farbiger Schrift zum aktuellen Budget.															Abkürzungen: Ltg = Leitung MA = Mitarbeiter/in Mgr = Manager Mgmt = Management PL = Projektleitung Sb = Sachbearbeitung ZiBü = Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst	
Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
11	Allgemeine Verwaltung	43.85	48.10	2.70	0.00	0.90	0.00	-1.50	50.20	-0.20	50.00	0.00	50.00	0.00	50.00	
1120.0900	Kanzlei	24.60	27.20	1.70		0.80		-1.50	28.20		28.20		28.20		28.20	-1.50 Sb Ausweisbüro befristet von BU23 +1.50 Admin. Sb (Ausweiswesen) +0.20 Protokolldienst KR +0.80 Proj.-/Prozessmgmt. KOM befr. -2028 2029: -0.80 Proj./Prozessm. befr. von BU25
1126	Staatsarchiv	15.30	16.75	1.00		0.10			17.85	-0.20	17.65		17.65		17.65	
1126.0000	- Archiv	15.30	15.95	1.00		0.10			17.05	-0.20	16.85		16.85		16.85	+1.00 Bestanderschliess./Umzug befr. -2035 +0.05 Aktenerschliessung +0.05 Nachführung Verzeichnisse 2026: -0.20 Gde-Archivar/in befr. von BU23 2029: -2.00 Umzugsvorberei.befr. von BU22 -1.00 Umzugsvorbereit.befr. von BU23
1126.0900	- Moderne Zuger Kantonsgeschichte		0.80						0.80		0.80		0.80		0.80	2033: -0.80 Sekretariat befristet von BU24
1128	Ombudsstelle (OMB)	1.35	1.55						1.55		1.55		1.55		1.55	
1129	Datenschutzstelle (DATS)	2.60	2.60						2.60		2.60		2.60		2.60	
15	Direktion des Innern	212.00	236.75	6.90	0.60	74.50	0.00	-2.50	316.25	-0.60	315.65	9.50	325.15	-38.75	286.40	
1500	Direktionssekretariat	15.20	15.45	1.00	0.60			-2.00	15.05	-0.60	14.45		14.45		14.45	
1500.0300	- Direktionssekretariat	10.90	11.05	0.20	0.60			-1.20	10.65		10.65		10.65		10.65	-0.60 Jur. MA/PL befristet von BU22 -0.60 Jur. MA/PL befristet von BU23 +0.20 Grundbuch-/Notariatsinspektor/in +0.60 Jurist. MA/PL befristet -2028 2029: -0.60 Jurist. MA/PL befristet von BU25
1500.4100	- Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst	4.30	4.40	0.80				-0.80	4.40	-0.60	3.80		3.80		3.80	-0.80 Sb/ZiBü befristet von BU22 +0.80 Sb bzw. Zivilstandsbeamte/r 2026: -0.60 Sb ZiBü befristet von BU23
1515.0300	Amt für Grundbuch und Geoinformation	33.35	34.50						34.50		34.50		34.50		34.50	2030: -1.00 Sb Grundb.ber. befr. von BU21 2031: -1.00 Sb Grundb.ber. befr. von BU23
1530.0300	Amt für Wald und Wild	19.50	21.50	0.30					21.80		21.80		21.80		21.80	+0.30 PL Waldschutz

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
1550	Sozialamt	70.60	85.90	0.50		74.50		-0.50	160.40		160.40	9.50	169.90	-38.75	131.15	
1550.0300	- Sozialwesen	14.40	15.65	0.50				-0.50	15.65		15.65	-0.50	15.15		15.15	-0.50 Fachpers. Alter befristet von BU21 +0.50 PL Strategie Alter befristet -2026 2027: -0.50 PL Strategie Alter befr. von BU25
1550.0320	- Soziale Dienste Asyl	56.20	70.25			74.50			144.75	10.00	154.75	10.00	164.75	-38.75	126.00	+21.75 Umwandlung Hilfskräfte R-Bereich +52.75 Umwand. Hilfskräft. S befristet -2027 2026: +10.00 prognostiziertes Wachstum 2027: +10.00 prognostiziertes Wachstum 2028: -52.75 aus S-Bereich befr. von BU25 +14.00 prognostiziertes Wachstum
1552.0300	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	44.50	48.25	4.90					53.15		53.15		53.15		53.15	+2.30 Berufsbeistandsperson (1.30 + 1.00) +0.80 Qualitäts-/Wissensmanagement +0.80 Sb Mandatsführung +1.00 Vize/Behördenmitglied KESB
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	28.85	31.15	0.20					31.35		31.35		31.35		31.35	+0.20 Fachperson Org./Information 2030: -1.00 Archäol./Stv.G'ltg befr. von BU24 -1.00 Grabungstech. befr. von BU24
17	Direktion für Bildung und Kultur	336.60	344.03	9.55	0.60	1.20	5.75	0.00	361.13	0.00	361.13	0.00	361.13	0.00	361.13	
1700.0300	Direktionssekretariat	5.15	5.35						5.35		5.35		5.35		5.35	
1730	Amt für Mittelschulen und PH	283.90	290.93	9.55	0.00	0.00	5.75	0.00	306.23	0.00	306.23	0.00	306.23	0.00	306.23	
1730.0300	- Amt für Mittelschulen und PH	2.65	2.65	0.35					3.00		3.00		3.00		3.00	+0.35 Wissenschaftl. MA
1730.1100	- Kantonsschule Zug:															
	• Administration	22.20	23.15						23.15		23.15		23.15		23.15	
	• Lehrpersonen	156.03	159.11			-22.00	3.75		140.86		140.86		140.86		140.86	interne Verschiebung (Lehrpersonal) +3.75 Lehrpersonal
1730.2100	- Kantonsschule Menzingen:															
	• Administration	17.60	17.60						17.60		17.60		17.60		17.60	
	• Lehrpersonen	56.30	57.33						57.33		57.33		57.33		57.33	
1730.3100	- Fachmittelschule:															
	• Administration	3.60	3.70	0.40					4.10		4.10		4.10		4.10	+0.40 Assistenz Leitungsteam
	• Lehrpersonen	25.52	27.39						27.39		27.39		27.39		27.39	
1730.2100	- Kantonsschule Rotkreuz:															
	• Administration		0.00	8.80					8.80		8.80		8.80		8.80	+3.50 Admin. Sb +1.00 Leitung Zentrale Dienste +1.50 Reinigungspersonal +2.80 Techn. Dienst
	• Lehrpersonen		0.00			22.00	2.00		24.00		24.00		24.00		24.00	interne Verschiebung (Lehrpersonal) +2.00 Rektorat (per 01.2024 angest., RRB)
1740	Amt für gemeindliche Schulen	28.40	28.50			1.00			29.50		29.50		29.50		29.50	
1740.0300	- Amtsleitung	3.15	3.45						3.45		3.45		3.45		3.45	
1740.1100	- Schulentwicklung	2.40	2.20			0.30			2.50		2.50		2.50		2.50	+0.30 Wissenschaftl. MA Digitalität
1740.2100	- Schulaufsicht	2.35	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
1740.3100	- Schulpsychologischer Dienst	11.25	11.75						11.75		11.75		11.75		11.75	
1740.4100	- Externe Schulevaluation	4.15	4.05			0.70			4.75		4.75		4.75		4.75	+0.70 Schulevaluation befristet -2030 2031: -0.70 Schulevaluation befr. von BU25
1740.5100	- Didaktisches Zentrum	2.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
1740.5110	- Lehrmittelzentrale	0.75	0.75						0.75		0.75		0.75		0.75	
1740.6100	- Sonderpädagogik	2.35	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	

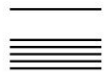
Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
1777	Amt für Berufsberatung	13.00	13.10		0.60				13.70		13.70		13.70		13.70	
1777.0300	- Leitung, Administration	2.60	2.70						2.70		2.70		2.70		2.70	
1777.0310	- Beratung	6.65	6.65		0.60				7.25		7.25		7.25		7.25	+0.10 Berufs-/Laufbahnberatung +0.50 Sb Stipendien
1777.0320	- Berufsinfo, Dokumentation	2.25	2.25						2.25		2.25		2.25		2.25	
1777.0330	- Stipendien	1.50	1.50						1.50		1.50		1.50		1.50	
1790	Amt für Kultur	6.15	6.15			0.20			6.35		6.35		6.35		6.35	
1790.1100	- Amt für Kultur	2.00	2.00			0.20			2.20		2.20		2.20		2.20	+0.20 Wissenschaftl. MA
1790.4100	- Museum für Urgeschichte	4.15	4.15						4.15		4.15		4.15		4.15	
20	Volkswirtschaftsdirektion	313.99	347.30	1.00	13.00	1.55	4.40	-1.43	365.82	-1.40	364.42	0.00	364.42	0.00	364.42	
2000	Direktionssekretariat	5.70	6.25						6.25		6.25		6.25		6.25	
2011	Amt für Berufsbildung	11.00	11.20						11.20		11.20		11.20		11.20	
2012	Amt für Brückenangebote:	19.75	25.25			0.05			25.30		25.30		25.30		25.30	
2012.0310	- Administration	1.75	1.80			0.05			1.85		1.85		1.85		1.85	+0.05 Rechnungsführung & HR
	- Lehrpersonen	18.00	23.45						23.45		23.45		23.45		23.45	
2012.0300	- Amts- und Angebotsleitende	2.15	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
2012.0320	- Lehrpersonen, Lemberatende	15.85	21.30						21.30		21.30		21.30		21.30	
2013	GIBZ:	125.18	129.95				4.00		133.95		133.95		133.95		133.95	
	- Administration	26.00	27.50						27.50		27.50		27.50		27.50	
2013.0110	- Gebäude- und Hausdienst	15.00	15.40						15.40		15.40		15.40		15.40	
2013.0120	- Informatik	1.00	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
2013.0130	- Mediathek	1.80	1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
2013.0300	- Leitung, Administration	8.20	9.30						9.30		9.30		9.30		9.30	
2013.0305	- Lehrpersonen	99.18	102.45				4.00		106.45		106.45		106.45		106.45	+4.00 Lehrpersonal (Weiterbildung)
2015	LBBZ:	17.70	18.60				0.40		19.00		19.00		19.00		19.00	
	- Administration	10.05	10.15						10.15		10.15		10.15		10.15	
2015.0110	- Facility Management (Gebäude)	2.20	1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
2015.0300	- Administration	2.05	2.15						2.15		2.15		2.15		2.15	
2015.0325	- Küche	2.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
2015.5100	- Schulgutsbetrieb	3.80	4.20						4.20		4.20		4.20		4.20	
2015.0310	- Lehrpersonen	7.65	8.45				0.40		8.85		8.85		8.85		8.85	+0.40 Lehrpersonal
2019	KBZ:	58.96	73.85					-1.43	72.42	-1.40	71.02		71.02		71.02	
	- Administration	11.70	12.60						12.60		12.60		12.60		12.60	
2019.0110	- Gebäude- und Hausdienst	5.30	5.90						5.90		5.90		5.90		5.90	
2019.0210	- Zentrale Dienste	2.60	1.90						1.90		1.90		1.90		1.90	
2019.0310	- Grundbildung	1.60	1.60						1.60		1.60		1.60		1.60	
2019.0320	- Allgem. Weiterbildung	2.20	3.20						3.20		3.20		3.20		3.20	
	- Lehrpersonen	47.26	61.25					-1.43	59.82	-1.40	58.42		58.42		58.42	-0.35 GB-Reformen, Proj. 2021-2026 -1.08 Einführung Mathematik-Ausbildung 2026: -1.40 GB-Reformen, Proj. 2021-2026

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	15.70	15.75						15.75		15.75		15.75		15.75	
2031	Arbeitslosenkasse	21.90	24.30						24.30		24.30		24.30		24.30	
2050	Landwirtschaftsamt	5.75	5.75						5.75		5.75		5.75		5.75	
2072	Handelsregister- und Konkursamt	32.35	36.40	1.00	13.00	1.50			51.90		51.90		51.90		51.90	
2072.0900	- Handelsregisteramt	16.65	19.70	1.00	2.00	1.50			24.20		24.20		24.20		24.20	+0.50 Assistenz GL +0.50 Leitung IT und Projekte +1.00 Jurist. MA +1.00 Sb (Direkte Bundessteuer) +1.50 Sb (Reduktion Hilfskräfte)
2072.0910	- Konkursamt	15.70	16.70		11.00				27.70		27.70		27.70		27.70	+1.00 Admin. Sb +1.00 Jurist. MA +1.00 Konkursfachbearb. (DBG) +7.00 Konkursfachbearb. (SchKG) +1.00 Sb Rechnungswesen
30	Baudirektion	169.80	176.40	0.00	4.40	0.00	0.00	0.00	180.80	-0.90	179.90	0.00	179.90	0.00	179.90	
3000.0300	Direktionssekretariat	12.60	13.45		1.00				14.45		14.45		14.45		14.45	+1.00 Jurist. MA
3020	Tiefbauamt	65.60	68.75						68.75		68.75		68.75		68.75	
3020.0300	- Tiefbauamt	28.50	30.85						30.85		30.85		30.85		30.85	
3020.0310	- Strassenunterhalt	37.10	37.90						37.90		37.90		37.90		37.90	
3050.0300	Amt für Umwelt	21.30	21.10		1.50				22.60	-0.90	21.70		21.70		21.70	+1.50 PL Energie/Klima 2026: -0.60 Fachp. Altlasten befr. von BU20 -0.30 PL NIS befristet von BU20
3060.0300	Hochbauamt	50.35	53.25						53.25		53.25		53.25		53.25	
3081.0300	Amt für Raum und Verkehr	19.95	19.85		1.90				21.75		21.75		21.75		21.75	+0.60 PL Bau ausserhalb Bauzonen +0.70 PL Grundlagen/Richtplanung +0.60 PL Vollzug/Baupolizei
35	Sicherheitsdirektion	451.50	466.30	10.00	2.00	2.00	0.00	-2.00	478.30	10.00	488.30	10.00	498.30	9.00	507.30	
3500	Direktionssekretariat	8.55	9.05	1.50	1.00				11.55		11.55		11.55		11.55	+0.50 Jurist. MA (VR GVZ) +1.00 Projektleitung +1.00 Jurist. MA (Informationssicherheit)
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	17.00	19.60	1.00	1.00				21.60		21.60		21.60		21.60	
3540.0900	- Amtsleitung	2.50	2.50						2.50		2.50		2.50		2.50	
3540.0910	- Militärverwaltung	4.00	4.60						4.60		4.60		4.60		4.60	
3540.0920	- Zivilschutzverwaltung	2.00	2.00		1.00				3.00		3.00		3.00		3.00	+1.00 Fachexp. Zivilschutzverwaltung
3540.0940	- Zivilschutzorganisation	8.50	9.50	1.00					10.50		10.50		10.50		10.50	+0.50 Sb Zivilschutzstelle +0.50 Techn. Sb Logistik
3541	- Stabsstelle Notorganisation		1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
3581	Strassenverkehrsamt	44.70	46.60						46.60		46.60		46.60		46.60	
3581.0300	- Führung	1.50	1.50						1.50		1.50		1.50		1.50	
3581.0310	- Prüfung	17.60	17.60						17.60		17.60		17.60		17.60	
3581.0320	- Zulassung	15.60	16.90						16.90		16.90		16.90		16.90	
3581.0330	- Zentrale Dienste	5.20	5.20						5.20		5.20		5.20		5.20	
3581.0340	- Recht	4.80	5.40						5.40		5.40		5.40		5.40	

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
3590.0900	Zuger Polizei	339.35	345.55	7.50		2.00		-2.00	353.05	10.00	363.05	10.00	373.05	9.00	382.05	-0.50 Informatik. Vis25 befristet von BU21 -0.50 Sb ELZ Vis25 befristet von BU21 -1.00 Sb Waffen befristet von BU23 +1.00 Sb IT-Forensik +3.00 Sb Bürgernahe Polizeiarbeit +1.00 Sb Dienst Spez. Ermittlungen DSE +0.50 Sb Jugendprävention +1.00 Sb Waffen +1.00 Sb Operat. Kriminalanalyse OPKA +0.50 Informatiker/in befristet -2028 +1.00 Qualitätsmanagement befristet -2028 +0.50 Sb ELZ befristet -2028 2026: +10.00 Umsetzung Personalstrategie 2027: +10.00 Umsetzung Personalstrategie 2028: +9.00 Umsetzung Personalstrategie 2029: -0.50 Informatiker/in befr. von BU25 -1.00 Qualitätsmgmt befr. von BU25 -0.50 Sb ELZ befristet von BU25
3592	Amt für Migration	21.10	23.60						23.60		23.60		23.60		23.60	
3596	Amt für Justizvollzug	20.80	21.90						21.90		21.90		21.90		21.90	
3596.0900	- Strafanstalt	16.70	18.00						18.00		18.00		18.00		18.00	
3596.0910	- Vollzugs- und Bewährungsdienst	4.10	3.90						3.90		3.90		3.90		3.90	
40	Gesundheitsdirektion	99.80	105.50	1.80	3.20	0.00	0.00	-1.40	109.10	0.00	109.10	-0.80	108.30	-0.60	107.70	
4000	Direktionssekretariat	13.40	14.20		0.40			-0.60	14.00		14.00		14.00		14.00	-0.60 PL Strat. Projekte befristet von BU22 +0.40 Leitung Sonderprojekte
4005	Amt für Verbraucherschutz	20.15	20.75		2.80				23.55		23.55		23.55		23.55	
4005.0300	- Leitung	2.50	2.50						2.50		2.50		2.50		2.50	
4005.0310	- Inspektion	4.40	5.40		1.00				6.40		6.40		6.40		6.40	+1.00 Techn. Sb befristet -2029 2030: -1.00 Techn. Sb befristet von BU25 +1.80 Techn. Sb Labor befristet -2031 2032: -1.80 Techn. Sb Labor befr. von BU25
4005.0320	- Untersuchungen	8.55	9.15		1.80				10.95		10.95		10.95		10.95	
4005.0330	- Veterinärdienst	3.70	2.70						2.70		2.70		2.70		2.70	
4005.0340	- Eichstelle	1.00	1.00						1.00		1.00		1.00		1.00	
4021.0300	Rettungsdienst Zug	40.40	44.00	1.20					45.20		45.20		45.20		45.20	+1.00 Leitung Einsatzabteilung +0.20 Leitung Zentrale Dienste
4050.0300	Amt für Gesundheit	17.75	18.45	0.60				-0.80	18.25		18.25		18.25	-0.60	17.65	-0.80 Wiss.MAVPL Suizid befristet von BU23 +0.60 Fachp. Psych. Erkrank. befrist -2027 2028: -0.60 Fachp. Psych. Erkr. befr. v BU25
4051.0300	Amt für Sport und Gesundheitsförderung	8.10	8.10						8.10		8.10	-0.80	7.30		7.30	2027: -0.80 PL Infrastruktur befr. von BU23

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
50	Finanzdirektion	223.85	251.15	7.90	2.00	3.20	0.00	0.00	264.25	29.25	293.50	21.45	314.95	21.70	336.65	
5000	Direktionssekretariat	7.90	8.20						8.20		8.20		8.20		8.20	
5001	Finanzkontrolle	3.95	4.00						4.00		4.00		4.00		4.00	
5010	Personalamt	10.25	13.05	1.10		0.15			14.30		14.30		14.30		14.30	+0.10 Amtsleitung PA (90% auf 100%) +1.00 HR-Beratung +0.15 Fachperson Personalzeitig
5011	Allgemeiner Personalaufwand	8.65	15.30						15.30	21.25	36.55	21.45	58.00	21.70	79.70	Entwicklung Personalstellen der Verwaltung ausgehend vom Budgetwert 2025 2026: +1 % von 2125.65 = 21.25 2027: +1 % von 2146.90 = 21.45 2028: +1 % von 2168.35 = 21.70
5020	Finanzverwaltung	6.90	8.20						8.20		8.20		8.20		8.20	
5050	Amt für Informatik und Organisation	56.90	70.35	5.80		3.05			79.20	8.00	87.20	0.00	87.20	0.00	87.20	
5050.0300	- Leitung	5.80	8.00						8.00	8.00	16.00		16.00		16.00	2026: +8.00 Wachstumsplan gesamtes AIO
5050.0301	- Informationssicherheit		1.80						1.80		1.80		1.80		1.80	
5050.0302	- Management Services		5.40	0.80		0.50			6.70							+0.80 Jurist. MA (Digitale Transformation) +0.50 Office Management/Personaladmin.
5050.0304	- Operation	5.10	3.10						3.10		3.10		3.10		3.10	
5050.0305	- Operation Application Management	8.80	10.80			0.80			11.60		11.60		11.60		11.60	+0.80 Digital Platform Spec. für Gemeinden
5050.0306	- Infrastructure Management		0.00	1.00					1.00		1.00		1.00		1.00	+1.00 Linux Spezialist/in
5050.0307	- Security Operations Center		0.00			1.00			1.00		1.00		1.00		1.00	+1.00 Threat Hunt. Incident Resp.
5050.0309	- Operation Network Communic. Security	5.40	5.40			0.75			6.15		6.15		6.15		6.15	+0.75 Software Engineer ETH Werkstudent/in
5050.0310	- Operation IT-Infrastruktur Management	5.70	7.40	1.00					8.40		8.40		8.40		8.40	+1.00 Cloud Engineer
5050.0315	- Operation Support	7.30	8.10	1.00					9.10		9.10		9.10		9.10	+1.00 ICT-Support
5050.0317	- Services Consulting	7.40	3.65						3.65		3.65		3.65		3.65	
5050.0320	- Projektmanagement	6.60	7.60	1.00					8.60		8.60		8.60		8.60	+1.00 Projektleitung Business Analyst
5050.0330	- Digital Zug	2.80	7.10	1.00					8.10		8.10		8.10		8.10	+0.50 Digital Business Manager eGov +0.50 Digital Business Mgr Lead Analyst
5051.0311	- Telefonie	2.00	2.00						2.00		2.00		2.00		2.00	
5060.0300	Steuerverwaltung	129.30	132.05	1.00	2.00				135.05		135.05		135.05		135.05	+1.00 Einschätzungsexp. Natürl. Personen +2.00 Bücherexp. Jurist. Personen OECD
	Total Kantonale Verwaltung	1851.39	1975.53	39.85	25.80	83.35	10.15	-8.83	2125.85	36.15	2162.00	40.15	2202.15	-8.65	2193.50	150.32 Wachstum mit OMB/DATS, abzügl. "auslaufende Befristungen"
	Total ohne OMB/DATS (1128/1129), inkl. "auslaufende Befristungen"	1847.44	1971.38	39.85	25.80	83.35	10.15		2130.53	36.15	2157.85	40.15	2198.00	-8.65	2189.35	159.15 Wachstum im Budgetjahr

Amts-Nr./ KST, KTR	Direktion / Amt	Ist 31.12.23	Budget 2024	Gener. Wachs- tum	Neue Aufgabe	Erfolgs- neutrale Stellen	Lehr- personal	Befristet Ende 2024	Budget 2025	Ände- rung 2026	Plan 2026	Ände- rung 2027	Plan 2027	Ände- rung 2028	Plan 2028	Kommentare
61	Richterliche Behörden	113.40	116.80	3.40	3.30	0.00	0.00	-2.00	121.50	0.00	121.50	0.00	121.50	0.00	121.50	
6111	- Obergericht: Richter/innen	18.00	18.00		2.90				20.90		20.90		20.90		20.90	
6101	- Kantonsgericht	9.00	9.00		1.40				10.40		10.40		10.40		10.40	+0.70 Richter/in
6106	- Strafgericht	4.00	4.00		0.70				4.70		4.70		4.70		4.70	+0.80 Richter/in
6111	- Obergericht	5.00	5.00		0.80				5.80		5.80		5.80		5.80	+1.40 Richter/in
6181	- Verwaltungsgericht: Richter/innen	3.00	3.50						3.50		3.50		3.50		3.50	
6111	- Obergericht: Angestellte	83.50	86.30	3.40				-2.00	87.70		87.70		87.70		87.70	
6101	- Kantonsgericht	18.70	19.90						19.90		19.90		19.90		19.90	
6106	- Strafgericht	7.00	6.20						6.20		6.20		6.20		6.20	
6111	- Obergericht	15.30	17.50	0.30				-2.00	15.80		15.80		15.80		15.80	-2.00 Gerichtsschreiber/innen +0.30 Gerichtskasse
6141	- Staatsanwaltschaft	42.50	42.70	3.10					45.80		45.80		45.80		45.80	+2.00 Jurist. MA +1.10 Sekretariat
6181	- Verwaltungsgericht: Angestellte	8.10	8.20						8.20		8.20		8.20		8.20	
6183	- Schätzungskommission (Sekretariat)	0.80	0.80		0.40				1.20		1.20		1.20		1.20	+0.40 Sb Kanzlei
	Total Kant. Verwaltung inklusive Richterliche Behörden	1964.79	2092.33	43.25	29.10	83.35	10.15	-10.83	2247.35	36.15	2283.50	40.15	2323.65	-8.65	2315.00	



Finanzstatus Übersicht

Zeitraum: 26. September 2023 bis 10. September 2024

1. Erfolgsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehraufwand / - Minderaufwand	
Jahr	Aufwand gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Aufwand	Aufwand aktualisiert
2024	1'800'484	4'858	1'805'342
2025	1'895'211	12'411	1'907'622
2026	1'958'080	14'387	1'972'467
2027	2'051'294	15'322	2'066'616
		+ Mehrertrag / - Minderertrag	
Jahr	Ertrag gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Ertrag	Ertrag aktualisiert
2024	1'962'243	-86	1'962'157
2025	2'043'567	-86	2'043'481
2026	2'132'458	-86	2'132'372
2027	2'196'982	-86	2'196'896
		+ Ergebnisverbesserung / - Ergebnisverschlechterung	
Jahr	Ergebnis gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Total	Ergebnis aktualisiert
2024	161'759	-4'944	156'815
2025	148'356	-12'497	135'859
2026	174'378	-14'473	159'905
2027	145'688	-15'408	130'280

2. Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)			
		+ Mehrausgaben / - Minderausgaben	
Jahr	Nettoinvestitionen gemäss Budget und Finanzplan	Differenz Nettoinvestitionen	Nettoinvestitionen aktualisiert
2024	155'232	3'934	159'166
2025	186'540	2'349	188'889
2026	189'778	356	190'134
2027	215'211	-669	214'542

3. Finanzrechnung (in 1'000 Franken)					
Jahr	Ergebnis ER (A)	Selbst- finanzierung (B)	Netto- investitionen (C)	Finanzierungs- fehlbetrag (B-C)	Selbst- finanzierungs- grad (B/C)
2024	161'759	241'000	155'232	85'768	155.3%
aktualisiert	156'815	236'056	159'166	76'890	148.3%
2025	148'356	232'200	186'540	45'660	124.5%
aktualisiert	135'859	219'703	188'889	30'814	116.3%
2026	174'378	262'500	189'778	72'722	138.3%
aktualisiert	159'905	248'027	190'134	57'893	130.4%
2027	145'688	243'000	215'211	27'789	112.9%
aktualisiert	130'280	227'592	214'542	13'050	106.1%

Beilage 3**Ablauf bei Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget**

Die untenstehende Matrix zeigt die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten bei der Genehmigung bzw. Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget auf:

	Globalbudget beschlossen	Globalbudget gekürzt oder erhöht	Globalbudget nicht beschlossen
Leistungsauftrag genehmigt	1 Globalbudget und Leistungsauftrag sind verabschiedet	2 RR kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten	3 RR legt neues Globalbudget vor und kann, sofern nötig, einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten
Leistungsauftrag nicht genehmigt	4 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	5 ausgeschlossen (nach § 32 FHG ist ein Leistungsauftrag Voraussetzung für ein Globalbudget)	6 RR legt revidierten Leistungsauftrag samt neuem Globalbudget vor

Bei einer allfälligen Nichtgenehmigung von Leistungsauftrag und / oder Globalbudget kommt die Regelung von § 7 Abs. 6 des Organisationsgesetzes vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) zum Tragen:

zu Fall 2: Ändert der Kantonsrat das Globalbudget, so kann der Regierungsrat, sofern er dies als notwendig erachtet, aufgrund des beschlossenen Globalbudgets dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag unterbreiten.

zu Fall 3: Dies gilt analog auch dann, wenn der Kantonsrat zwar den Leistungsauftrag genehmigt, dem Globalbudget aber die Genehmigung verweigert.

zu Fall 6: Verweigert der Kantonsrat die Genehmigung eines Leistungsauftrages, so legt der Regierungsrat dem Kantonsrat bis Ende Februar des Budgetjahres einen revidierten Leistungsauftrag samt entsprechendem Globalbudget vor.